

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Kristin Heyne, Helmut Wilhelm (Amberg), Dr. Jürgen Rochlitz, Egbert Nitsch (Rendsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksache 13/9314, 13/9437, 13/10037 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Güterkraftverkehrsrechts

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Reform des Güterkraftverkehrsrechts ist notwendig geworden, um den EU-Binnenmarkt im Straßengüterverkehr zu verwirklichen. Mit der Aufhebung der Kontingentierung im Güterverkehr und der Abschaffung der Unterscheidung zwischen Güterfern-, Güternah- und Umzugsverkehr werden bisher gültige Regulierungstatbestände abgeschafft und die nationalen Transportmärkte EU-Ausländern geöffnet.

Eine Folge dieser Liberalisierung wird eine Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Transportunternehmen sein. Daher ist zu befürchten, daß ein weiterer Verfall der Transportpreise insbesondere in Deutschland die Folge sein wird.

Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen in- und ausländischen Transportunternehmen zu gewährleisten und ein weiteres Absinken der Transportanteile von Bahn und Binnenschiff zu verhindern, ist eine Flankierung der Liberalisierung durch folgende Maßnahmen notwendig:

- schärfere Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten, der gefahrenen Geschwindigkeiten (80 km/h auf Autobahnen und 60 km/h auf Außerortsstraßen für schwere Lkw) und Gewichtsbeschränkungen durch das Bundesamt für Güterverkehr, um einen Wettbewerb auf Kosten der Sicherheits- und Sozialstandards zu verhindern,
- Einführung einer leistungsabhängigen, elektronisch erhobenen Schwerverkehrsabgabe nach dem Territorialprinzip, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträ-

gern zu schaffen und den Lkw ihre Wege- und Umweltkosten anzulasten,

- Anhebung der EU-weiten Mindestsätze der Mineralölsteuer und Kfz-Steuer, um die steuerliche Belastung im Transportgewerbe im Sinne der Kostenwahrheit zu harmonisieren,
- Einbeziehung des Transportsektors in die EU-Arbeitszeitrichtlinie, um die Sozialvorschriften zu harmonisieren und höhere Sicherheitsstandards zu gewährleisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Kontrollkräfte des Bundesamtes für Güterverkehr erheblich aufzustocken,
- eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe für in- und ausländische Lkw einzuführen,
- sich auf EU-Ebene für die weitestgehende Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und die Einführung einer EU-weiten Schwerverkehrsabgabe einzusetzen und dem Parlament über die Harmonisierungsfortschritte regelmäßig und detailliert zu berichten.

Bonn, den 3. März 1998

Gila Altmann (Aurich)

Albert Schmidt (Hitzhofen)

Kristin Heyne

Helmut Wilhelm (Amberg)

Dr. Jürgen Rochlitz

Egbert Nitsch (Rendsburg)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion